



## Regierungsratsbeschluss vom 03. März 2026

Interpellation Nr. 10 Pascal Messerli betreffend Basel verlottert sicherheitspolitisch: Illegale Demonstrationen und Kostenabwälzung. Zahlen und Fakten jetzt!; schriftliche Beantwortung

---

**P265044**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

### **Begründung**

Polizeiliches Handeln erfolgt bei bewilligten wie auch bei unbewilligten Kundgebungen lageabhängig und unter strikter Beachtung des Verhältnismässigkeitsprinzips im Spannungsfeld zwischen Versammlungsfreiheit und öffentlicher Sicherheit. Entfallen mangels Bewilligungseinholung die vorgängigen Absprachen, erhöht dies die Anforderungen an Koordination und Einsatzführung. Bei Bedarf werden verhältnismässige Massnahmen zum Schutz von Personen, Sachen und berechtigten Interessen Dritter ergriffen. Polizeieinsätze im Zusammenhang mit der Ausübung von Grundrechten gehören grundsätzlich zum gesetzlichen Auftrag der Polizei. Eine Kostenverrechnung ist nur bei klar zuordenbarem, rechtswidrigem und vorwerfbarem Verhalten möglich.

